



Ausschuss für Kommunalpolitik

66. Sitzung (öffentlich)

9. März 2005

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Bildung von Haushaltsresten für Asylbewerber	1
vgl. Drucksache 13/6514	
• Bericht durch MR Mnich (IM)	1
• Diskussion	2

2	Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW).....	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6099 Ausschussprotokoll 13/1417	
	<ul style="list-style-type: none">• Keine Diskussion• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>.....	8
3	Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPIG).....	9
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6101 Vorlagen 13/3097 und 13/3165 Zuschrift 13/4674 Ausschussprotokoll 13/1447	
	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>.....	9 10
4	Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften	10
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6222 Zuschrift 13/4629 Ausschussprotokoll 13/1425	
	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion• Ergebnis: <i>kein Votum</i>.....	10 10

5	Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes	11
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6348 Zuschriften 13/4710 und 13/4729	
	• Diskussion	11
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>	11
6	Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz – LPartAnpG)	12
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6492 Vorlagen 13/3193 und 13/3223	
	• Diskussion	12
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>	13
7	Für eine bürgernahe Polizei in NRW	13
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/6493	
	• Diskussion	13
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i>	17
8	Das Jugendfördergesetz gibt keine Entwarnung: Offene Kinder- und Jugendarbeit neben der Schule erhalten!	17
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/6497	
	• Diskussion	17
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i>	18

9 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik – Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen	18
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/2645 Ausschussprotokoll 13/780	
• Diskussion	18
• Ergebnis: <i>Ablehnung</i>	19
10 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben – Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern – Steuerrückstände schmälern.....	19
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/4738 Zuschriften 13/3734, 13/3738 und 13/3739 Ausschussprotokoll 13/1261 (TOP 3)	
• Diskussion	19
• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>	20
Nach Abwicklung der Tagesordnung.....	20
• Antrag der FDP-Fraktion zu rechtswidrigen Windkraftanlagen	20
• Flächenansatzes.....	21
• Zunehmend illegale Büros für Sportwetten.....	21

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6101 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

4 **Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6222/13

Zuschrift 13/4629
Ausschussprotokoll 13/1425

Ewald Groth (GRÜNE) begrüßt für seine Fraktion den Entwurf, dem man deswegen zustimme, weil insbesondere festgeschrieben werde, dass es sich bei der Abwasserbeseitigung um eine kommunale Aufgabe handele, und den Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zugleich die Übertragung an Dritte ermöglicht werde. Das sei der richtige Weg.

Manfred Palmén (CDU) verweist darauf, dass das Land Schleswig-Holstein die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit 600 Millionen € berechnet habe. Bei dem vorliegenden Gesetz fehle jegliche Kostenschätzung. Der kommunalen Familie werde eine Reihe von neuen Aufgaben aufgebürdet und nirgendwo sei zu erkennen, in welcher Höhe sie dadurch belastet würden. Allein aus diesem Grunde lehne seine Fraktion im kommunalpolitischen Ausschuss den Gesetzentwurf ab.

Für **Ralf Jäger (SPD)** geht es bei diesem Gesetzentwurf aus Sicht des AKo insbesondere um die Frage der Vergabe von Abwasserbeseitigung durch die Kommunen an Dritte, ohne dass die Kommunen dabei die Verantwortung für Qualität und Durchführung der Aufgabe verlören. In Anbetracht der noch angekündigten Änderungsanträge seitens der Fraktionen von SPD und Grünen, die noch in das Verfahren eingebracht würden, schlage er vor, kein Votum an den Fachausschuss abzugeben.

Dr. Ingo Wolf (FDP) meint, die Ablehnung des Gesetzentwurfs seitens seiner Fraktion beruhe darauf, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wieder einmal in unzulässiger Art und Weise auf das EU-Recht draufgesattelt werde und die Eröffnung der Möglichkeit zur Privatisierung nicht eins zu eins umgesetzt werde. Deswegen lehne seine Fraktion den Gesetzentwurf ab.

Der **Ausschuss** folgt nach kurzer Verständigung dem Vorschlag des Abgeordneten Ralf Jäger (SPD), kein Votum abzugeben.